



Motion Candan Hasan und Mit. über klima-, umwelt- und biodiversitätsschädigende Subventionen und Anreize identifizieren und reduzieren

eröffnet am 6. Dezember 2021

Der Regierungsrat wird beauftragt, kantonale Staatsbeiträge und Anreize bezüglich ihrer Wirkung auf Klima, Umwelt und Biodiversität zu überprüfen. Schädigende Staatsbeiträge und Anreize sollen identifiziert und monetär quantifiziert werden. Politische Zielkonflikte sind transparent auszuweisen. Der Regierungsrat soll darlegen, wie klima-, umwelt- und biodiversitätsschädigende Staatsbeiträge und Anreize reduziert, abgeschafft oder umgestaltet werden können. Er hat in Zukunft dafür zu sorgen, dass neue Staatsbeiträge oder Anreize dem Klima, der Umwelt und der Biodiversität nicht schaden.

Begründung:

Klima, Umwelt und Biodiversität sind in der Schweiz und im Kanton Luzern enorm unter Druck. Um den Klimawandel zu stoppen, die negativen Umweltemissionen zu reduzieren oder den Schwund der Artenvielfalt zu bremsen, werden von der öffentlichen Hand zahlreiche Instrumente, Massnahmen und Förderprogramme finanziert. Gleichzeitig bestehen kantonale Staatsbeiträge und Anreize mit schädigender Wirkung für das Klima, die Umwelt oder die Biodiversität, welche den genannten Bemühungen zuwiderlaufen. Finanzpolitisch ist dies ineffizient und die Politikkohärenz dadurch nicht gegeben.

Staatsbeiträge umfassen Finanzhilfen und Abgeltungen, als Zahlungen der öffentlichen Hand, aber auch Mindereinnahmen respektive verdeckte Subventionen oder Anreize wie beispielsweise Steuervergünstigungen. Damit schädigende Staatsbeiträge und Anreize reduziert, abgeschafft oder umgestaltet werden können, müssen sie zuerst identifiziert und transparent ausgewiesen werden. Daher ist es unerlässlich, eine Auslegeordnung vorzunehmen, damit Staatsbeiträge, Anreize und Zielkonflikte im Kanton Luzern sichtbar und bewertbar werden sowie Politikkohärenz angestrebt werden kann. Im Rahmen der Klimaziele und der Biodiversitätskonvention hat die Schweiz sich dazu verpflichtet, den CO₂-Ausstoss respektive klimaschädliche Handlungen zu reduzieren sowie biodiversitätsschädigende Subventionen und Staatsbeiträge anzupassen oder abzuschaffen. Die Kantone sind dadurch ebenfalls gefordert, ihre Staatsbeiträge und Anreize zu überprüfen.

Candan Hasan

Spring Laura

Muff Sara

Fässler Peter

Schuler Josef

Budmiger Marcel

Setz Isenegger Melanie

Engler Pia

Arnold Valentin

Schneider Andy

Lehmann Meta

Schwegler-Thürig Isabella